

Keine Unterstützung für Epplers Vorstoß

SPD sieht keinen Zusammenhang zwischen einer längere Nutzung der Atommeiler und Strompreisen.

VON STEFAN SAUER

Berlin - Bislang war der Abschied von der Atomkraft für die SPD eine geradezu identitätsstiftende Position, hinter der sich der rechte wie der linke Parteiflügel versammeln konnte. Dass nun angesichts steigender Energiepreise dieser innerparteiliche Konsens in Frage gestellt wird, sorgt für einigen Unmut. Irritiert nimmt die Partei zur Kenntnis, dass nicht allein der einstige Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement über längere Laufzeiten einiger Kernkraftwerke nachdenkt. Von Clement hatten viele Genossen nichts anderes erwartet. Weitaus überraschender ist der Vorstoß des linken SPD-Vordenkers Erhard Eppler, der im „Spiegel“ die längere Nutzung der Meiler im Tausch gegen ein grundgesetzlich verankertes Verbot für die Errichtung neuer Atomkraftwerke ins Spiel gebracht hat. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller (SPD), bekundete am Montag im WDR, „ziemlich sauer“ auf Eppler zu sein, der sich in Widerspruch zu seiner über

Jahrzehnte hinweg vertretenen Haltung gestellt habe. Nicht die Atomkraft könne das Problem steigender Energiepreise oder des Klimawandels lösen, sondern allein mehr Effizienz und Einsparmaßnahmen.

Dass Atomenergie als Argument für sinkende Strompreise herangezogen werde, sei nachgerade „hirnrissig“, sagte der für Umwelt zuständige SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Montag. „Wie doof muss man sein, um das zu glauben? Wenn Atomkraft den Strom billiger machen würde, dann müsste das doch auch heute schon der Fall sein. Das Gegenteil ist richtig.“ Der wahre Grund für die steigenden Strompreise sei die Monopolstellung der vier großen Energiekonzerne EnBW, RWE, Vattenfall und Eon: „An diesem Monopol ändern längere Laufzeiten nichts, sie verfestigen im Gegenteil noch die marktbeherrschende Stellung dieser Unternehmen.“

Der SPD-Politiker betonte, eine

überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder von weit über 90 Prozent hätten sich in einer Befragung 2007 hinter den Atomausstieg gestellt. Nach dem Ziel der „sozialen Gerechtigkeit“ sei der Abschied von der Kernkraft als wichtigstes sozialdemokratisches Thema genannt worden. Auch in der Bevölkerung gebe es aktuellen Umfragen zufolge eine klare Mehrheit gegen die Atomkraft. Der Union, die für längere Laufzeiten und teils für den Neubau von Atomanlagen eintrete, warf Kelber vor, sich „zum Büttel der Großkonzerne“ zu machen.

Erwartungsgemäß lehnten auch prominente Politiker der Grünen ein Abrücken vom Ausstiegsbeschluss ab. Der frühere Umweltminister Jürgen Trittin machte auf das ungelöste Problem der Atom Müll-Lagerung aufmerksam. „Den Charme der Atomkraft kann man im Augenblick in Schacht Asse bei Wolfenbüttel eindrucksvoll begutachten“, sagte Trittin mit Blick auf dort freigesetzte Radioaktivität. Dagegen sprach die der Präsident des CDU-Wirtschaftsrates, Kurt Lauk, für den Neubau von Atomkraftwerken aus. Kernenergie sei ein kostengünstige und sichere Energiequelle.